Nr. 197 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 10. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 20 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13 528, 13 638, 13 897 und 17 109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Französische Gewaltpolitik im Saargebiet

Verhängung des verschärften Belagerungszustandes

m. Frankfurt, 9. August. (Eig. Drahtbericht)

Zu den Vorgängen im Saargebiet werden der „Frkf. Ztg." folgende Einzelheiten gemeldet: Der Streikparole folgte die Beamtenschaft geschlossen. Eisenbahn und Post stellten mit dem Schlage 12 ihren Dienst ein. Die übrigen Beamten erschienen nachmittags nicht in den Bureaus. Die Saarregierung versuchte zunächst mit Hilfe der französischen Gendarmerie und der marokkanischen Truppen, die Beamten in ihren Wohnungen ausfindig zu machen und mit Gewalt zum Dienst zu zwingen. Zumeist wurden die Beamten nicht zu Hause angetroffen. Einige wenige wurden zur Dienststelle gebracht, doch konnte mit ihnen natürlich der Betrieb nicht aufgenommen werden. Diese Beamten sollten sich unterschriftlich verpflichten, den Dienst wieder aufzunehmen. Es wurde ihnen mit Abführung in Ketten gedroht, doch lehnten sie das Ansinnen einmütig ab.

Am Sonntag wurde von den französischen Militärbehörden der verschärfte Belagerungszustand ohne jede Ursache über das ganze Saargebiet verhängt. Die Regierung hatte inzwischen gegen eine Reihe ihr mißliebiger Personen Haussuchungen und Verhaftungen angeordnet, hauptsächlich gegen Angehörige der deutschen Presse. So wurden von der „Saarbrücker Zeitung" sämtliche Redakteure mit Ausnahme von zweien verhaftet. Auch die Verhaftung des Verlegers wurde angeordnet. Eine ziemlich starke Truppenabteilung erschien plötzlich vor dem Druckereigebäude und brachte auch ein Maschinengewehr in Stellung. Auch bei der „Saarbrücker Landeszeitung" und der sozialdemokratischen „Volksstimme" wurden Haussuchungen vorgenommen, ebenso wie auch in den Privatwohnungen der Redakteure.

In der Verfügung über den verschärften Belagerungszustand wird bestimmt, daß wegen Unterkunftsgewährung an verfolgte Personen auf Zuchthaus oder Todesstrafe erkannt wird. Die Bevölkerung ist über diese Maßnahmen der Regierung und der französischen Militärbehörden sehr empört, verhält sich aber trotz allem musterhaft ruhig. Dem Beamtenstreik haben sich inzwischen auch die Beamten der französischen Saargrubenverwaltung angeschlossen. Sämtliche Arbeiterorganisationen haben den Beamten in ihrem Kampf um die Durchführung ihrer Rechte rückhaltlos ihre Sympathie ausgesprochen. Die Möglichkeit, daß der Ausstand noch weitere Kreise zieht und sich zu einem Generalstreik entwickelt, erscheint nicht ausgeschlossen. Die französische Verwaltung versucht den Eisenbahnverkehr auf der für sie besonders wichtigen Strecke nach Mainz und Wiesbaden durch Verwendung französischer Genietruppen aufrechtzuerhalten. Das ist aber nur in ganz beschränktem Umfange durchführbar. Der Schnellzugsverkehr Frankfurt—Metz—Paris, der sonst durch die Pfalz bzw. das Nahetal geführt wird, wird jetzt über Koblenz und Trier geleitet. Der Vertreter des Saarlandes in der Regierungskommission, v. Boch, hat als Protest gegen die Behandlung der Streikangelegenheit sein Amt niedergelegt.

*

Ein französischer Streikbruchversuch

Aus Mainz wird gemeldet: Jeder Verkehr mit dem Saar-Gebiete ist noch immer unterbrochen. Ein französischer Zug unter Leitung französischer Offiziere und Unteroffiziere konnte nur nach schwieriger Fahrt sein Ziel Mainz erreichen. Unterwegs waren im Saar-Gebiete überall die Weichen aufgerissen und die Signalzeichen zerstört. In Saarbrücken machten deutsche Eisenbahner Miene, die Weiterfahrt des Zuges zu verhindern. Auch sonst wollten die Bahnhofsvorsteher im Saar-Gebiete wegen der Gefährlichkeit des Transportes sich der Weiterfahrt des Zuges widersetzen. Es wurde ihnen jedoch bedeutet, daß die Eisenbahnen unter den Befehl der französischen Besatzungsbehörde gestellt seien.

Neutralitätskundgebungen im Ruhrgebiet

ITA. Bochum, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Eine von den sozialistischen Parteien aller Richtungen, den freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften und der Arbeiterunion einberufene Massenversammlung erhob Einspruch gegen die Vergewaltigung Räterußlands. Die Redner der drei sozialistischen Parteien verlangten die sofortige Einstellung aller Truppen-, Waffen- und Munitionstransporte, die zur Niederringung von Räterußland dienen sollen. Die Regierung müsse die von ihr gegenüber Rußland verkündete Neutralität peinlich wahren. Wenn sie dieser Forderung nicht nachkomme, werde das Proletariat mit dem sofortigen Generalstreik antworten. Nach der Versammlung bewegte sich ein gewaltiger Kundgeberzug durch die Straßen der Stadt.

*

Eine Beschwerdenote

„Echo de Paris" meldet: „Nach einem Bericht des französischen Botschafters in Berlin werden die alliierten Truppentransporte in die ostpreußischen Abstimmungsgebiete durch deutsche Eisenbahner „aufgehalten und belästigt", ohne daß die deutsche Regierung die schuldigen Eisenbahner maßregelt. Der französische Ministerrat hat eine sehr ernst gehaltene Note nach Berlin gerichtet, die auf die Folgen des deutschen Verhaltens hinweist." — Allerdings werden Truppentransporte „belästigt", die u. a. die deutsche Neutralität zu verletzen bestimmt sind. Das Pariser Chauvinistenblatt weiß das natürlich sehr wohl.

*

Die englischen Gewerkschaften gegen die Neutralität

Kg. Rotterdam, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" melden, daß die Trade Union in einer Sitzung am Freitag den Antrag der Londoner Abteilung des radikalen Arbeiterbundes, die Arbeiter aufzufordern, sich im Kampfe Sowjetrußlands mit Polen gegen die Unterstützung Polens zu erklären und die deutschen Arbeiter in ihrem Widerstand gegen Truppentransporte nach Polen zu unterstützen, gegen vier Stimmen abgelehnt hat. Ueber den Antrag der kleinen radikalen Gruppe wurde nicht einmal in eine Beratung eingetreten.

Polen vom Bolschewismus bedroht

Tschitscherin hat am Sonntag die Regierung in Warschau aufgefordert, den roten Truppen auf der Straße nach Brest am Sonntag Unterhändler entgegenzusenden. Da als Beginn der Besprechungen der 11. August angedeutet wird, ist anzunehmen, daß nach wie vor Minsk als Ort der Verhandlungen über die Waffenruhe und den Frieden gilt. Davon ist Moskau also nicht abgewichen, in der sehr einfachen realpolitischen Erwägung, daß die Polen kurz am Halfter genommen werden müssen. Die Waffenruhe würde tatsächlich nur eine Atempause sein, die Rußland nicht zugestehen könne, wenn es nicht alle Erfolge des Verteidigungskrieges aufs Spiel setzen will. Das schließt nicht aus, daß nach der Unterzeichnung der Friedensbedingungen durch Polen die endgültigen Verhandlungen in London stattfinden. Kamenew hat das in seiner Note an Lloyd George angekündigt, aber gleichzeitig verlangt, daß auch die andern Großmächte des Verbandes daran teilnehmen. Das zielt auf Frankreich, dessen Politik gegen die Sowjetregierung gewendet ist, das sich also in London offenbar verpflichten soll, die russische Räterepublik anzuerkennen. Ob mit oder ohne Milliarden, ist zunächst eine müßige Frage.

Warschau hat sich bereit, der Aufforderung Tschitscherins zu entsprechen. Polen ist mit seiner Widerstandskraft zu Ende. Was sich in Warschau ereignet, wenn die Bolschewisten in die Hauptstadt ziehen, läßt sich noch nicht übersehen. — In Hythe mag Lloyd George Millerand am 8. August Möglichkeiten angedeutet haben, wie sie als Gewitter über dem ganzen Osten stehen. — Wird nach dem Einzug der Bolschewisten in Warschau eine Räterepublik ausgerufen, wozu die polnischen Kommunisten bereit und entschlossen sind, so kann das die Lage von Grund aus ändern. Als Deutschland im November zusammenbrach, war es einer der deutsch-polnischen Reichstagsabgeordneten, der in Posen in einer Versammlung höhnisch ausrief, Polen sei nun die Macht im Osten. Es werde keine Umwälzung erleben, denn nur besiegte Staaten pflegten von diesem Unfall heimgesucht zu werden. Was demnach im Osten von Deutschland abfiel, glaubte damals zum Teil, nur so dem Strudel der Rätewirtschaft sich entziehen zu können.

Heute können wir dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten, es war Dr. Szmula, das höhnische Wort zurückgeben. Es liegt jedenfalls in der Macht der Bolschewisten, das lockere Staatsgefüge zu zerbrechen, dessen imperialistischen Triebkräfte eine dauernde Kriegsgefahr bilden. Wenn Polen sich wirtschaftlich Mittel- und Osteuropa angliedert, so kann und muß es die Brücke werden. Wenn aber seine Politik weiter darauf gerichtet ist, so viel Ländermassen links und rechts zu rauben, als es nach seiner Vorstellung zum Leben braucht, dann wird ein ewiger Krieg Osteuropas ausbrechen.

Von welchem Geist die polnischen Machthaber noch immer beseelt sind, trotz der Schläge, die sie an allen Fronten erhalten haben, zeigt eine Meldung aus Breslau. Danach hat der Wojwode von Posen alle Staroste ermächtigt, jeden Deutschen erschießen zu lassen, der für Deutschland wirbt. Der Wojwode hat in der Aufregung vergessen, daß die Polen in Preußen eine nicht geringe großpolnische Werbetätigkeit entfaltet haben. Nur weil ein polnischer Staat noch nicht bestand, war es nicht möglich, die Werbearbeit unmittelbar für diesen zu leisten. Mittelbar aber haben Korfanty und Genossen, die sich heute die Trümmer der polnischen Herrlichkeit betrachten können, für ein Großpolen unermüdlich gewirkt.

Nun werden Lloyd George und Millerand gewiß alles aufbieten, um von Polen zu retten, was zu retten ist. Kamenew hat in seiner Antwort angedeutet, daß Polens Unabhängigkeit nicht angetastet werden soll. Aber in der Note findet sich kein Wort, daß Moskau die polnische Regierung und die polnische Verfassung als solche ebenso unangetastet lassen will. Das eine folgt nicht aus dem andern, und hier liegen die fast unentwirrbaren Schwierigkeiten des ganzen Problems. Wir wissen aus Aeußerungen Krassins, daß die Bolschewisten auf Polens teilweiser Entwaffnung bestehen wollen. Sie tun damit nichts anderes, als was der Verband gegen Deutschland auch getan hat. Es berührt deshalb sonderbar, wenn Lloyd George in Hythe die Auffassung der englischen Regierung dahin zusammenfaßt, daß sie aus Menschlichkeitsgründen (!) den Vormarsch der roten Truppen während der Dauer der Waffenstillstandsverhandlungen nicht billigen könne. Die Kriegsgeschichte Englands weiß von solchen Menschlichkeitsrücksichten nichts und die Regierung Lloyd Georges ist es, die das Standrecht über Irland verhängt hat, ohne erst die Ergebnisse der Verhandlungen mit den irischen Nationalisten abzuwarten, und wenn dies schon kein regelrechter Krieg ist, so war es doch der gegen die Buren, wo Kitchener den Krieg bis zur Vernichtung der gegnerischen Kräfte fortsetzte. Aber die Menschlichkeit stellt sich bei den Engländern immer ein, sofern sie nicht gerade selbst beteiligt sind, weshalb auch die Hungerblockade gegen Deutschland, selbst nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, aufrechterhalten blieb.

*

Eine rumänische Neutralitätserklärung

Depeschenagentur Damian meldet aus Bukarest: Der Ministerpräsident General Averescu erklärte in der Kammer, Rumänien bewahre vollständige Neutralität. Die Gerüchte, daß die rumänische Regierung die Durchfuhrerlaubnis für fremde Hilfstruppen nach der polnischen Front erteilt habe, entbehrten jeder Grundlage.

*

Die Tschechen wollen neutral bleiben

Prag, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Das Militärabkommen zwischen Frankreich und Ungarn hat hier starke Erregung verursacht. Die tschechischen Blätter betonen demonstrativ die Notwendigkeit, unter allen Umständen die Neutralität der Tschecho-Slowakei zu wahren. General Pellet ist nach Paris gereist, um der französischen Regierung diesen Standpunkt der tschechischen Regierung darzulegen. Die Demonstration der Presse ist die Antwort auf französische Versuche, die Tschecho-Slowakei für die Mitwirkung gegen Rußland zu gewinnen oder mindestens von ihr die Durchzugserlaubnis für ungarische Truppen gegen Rußland zu erhalten.

*

Der russische Vormarsch

Genf, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus Warschau vom Sonntag: Die Polen haben am Sonnabend auch Sokolno an die Russen verloren. Der Brückenkopf von Wlodowa ist nach harten Kämpfen von den Polen geräumt worden. — Der „Temps" teilt mit: Die Russen haben den Uebergang über den Narew forciert. Rozan ist von den russischen Vortruppen besetzt worden. Zwischen dem Narew und dem Bug ist eine neue russische Armee im Vorrücken.

*

Sie konzentrieren sich rückwärts

Kg. Rotterdam, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Warschau: Nordwestlich von Warschau wird bei Modlin das polnische Hauptheer konzentriert. Das furchtbare Artilleriefeuer in diesem Frontabschnitt ist Tag und Nacht in Warschau zu hören. — Die „Morning Post" meldet aus Warschau: Seit acht Tagen haben mehr als 20 000 Bewohner Warschau verlassen. Ein Wagen von Warschau nach Lodz kostet 9000 polnische Mark.

*

Neue Aufforderung zur Verhandlung

Warschau, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Die russische Sowjetregierung hat Sonnabend abend von Moskau einen von Tschitscherin unterzeichneten Funkspruch an die polnische Regierung abgesandt. Darin wird die polnische Regierung aufgefordert, am 9. August abends 8 Uhr Delegierte nach der Straße Miedzyrzecz—Brest-Litowsk zu entsenden. Die russische Regierung erklärt sich bereit, auf der Grundlage der völligen Unabhängigkeit Polens am 11. August in Verhandlungen einzutreten, in denen gleichzeitig die Friedensbedingungen festgesetzt werden sollen.

Die Verhandlungen in Hythe

Das Wolff-Bureau meldet: Die Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George hat in Hythe am Sonntag vormittag um 10 Uhr 15 Minuten begonnen und bis 1 Uhr 30 Minuten gedauert. Um 2 Uhr 30 Minuten wurde folgendes Communiqué aus englischer Quelle veröffentlicht:

Die englische Regierung hat von den Sowjets eine endgültige Antwort auf die Note, die ihnen Freitag überreicht wurde, nicht erhalten. Indessen hat sie Andeutungen über die Absichten der Bolschewisten erhalten und sie lassen voraussehen, daß diese sich weigern, der vorgeschlagenen Einigung zuzustimmen. Man weiß, daß nach der Konferenz, die Lloyd George, Bonar Law und Lord Curzon Freitag mit den Hauptdelegierten der Sowjetregierung in London hatten, ein Memorandum nach Moskau geschickt wurde, um den Abschluß einer Waffenruhe an der russisch-polnischen Front für eine Zeit von zehn Tagen zu erlangen, unter der Bedingung, daß man beiderseits in den Stellungen verbleibe, ohne sie während dieser Zeit zu verbessern. Da sich die Sowjets weigern, die Operationen zu unterbrechen, hat den ganzen Vormittag ein reger Meinungsaustausch über die zu treffenden Maßnahmen stattgefunden, der um ½3 Uhr wiederaufgenommen werden soll.

Lord Riddell, der dieses Communiqué den Journalisten mitteilte, beendete seine Erklärungen mit den Worten: die Lage ist ernst.

Nach einer Havasmeldung aus London ist es unmöglich zu sagen, ob die Verhandlungen in Hythe heute zu Ende gehen werden.

*

Uebereinstimmung und Meinungsverschiedenheit

B. Berlin, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Havasmeldung hat die Sonntagskonferenz der alliierten Staatsmänner in Hythe eine Uebereinstimmung über die gegen Rußland einzuschlagende Haltung gebracht. Ein Beschluß über aktive Maßnahmen gegen Rußland wurde bis zum Eingang der neuen russischen Antwort ausgesetzt. Wegen der Art der Maßnahmen wurden aber Grundsätze zwischen den Alliierten vereinbart.

Paris, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen Lloyd George und Millerand sind Meinungsverschiedenheiten entstanden über die Verwendung von Truppen an der bolschewistischen Front.

Zürich, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Die „Züricher Nachrichten" melden aus Paris: Im Kammerausschuß für Auswärtiges gab die Regierung eine Erklärung ab, die ein selbständiges Eingreifen Frankreichs für Polen in Aussicht stellt, falls die Verhandlungen der Alliierten nicht zum Ziele führen.

*

Die Hoffnung auf Amerika

Aus London meldet das Wolff-Bureau: Zwischen Washington, London und Paris findet fortgesetzt ein reger Meinungsaustausch über die polnische Frage statt. Es ist bekannt, daß die Alliierten versuchsweise einen Plan für die von Amerika an Polen zu gewährende Hilfe vorgeschlagen haben. Die Einzelheiten werden indessen geheimgehalten.

*

Verschärfte Blockade gegen Rußland?

Nach einer Havasmeldung aus Hythe dauerten die Beratungen bis Sonntag abend 7½ Uhr an. Man glaubt, daß die Sowjets sich weigerten, die angebotene Waffenruhe anzunehmen, weil sie Zeit gewinnen wollten, um Warschau einzunehmen. Es scheint, daß eine Verschärfung der Blockade gegen Rußland in Aussicht genommen sei.

Die militärische Frage in Hythe

Paris, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Havas übermittelt folgende Reuterdepesche vom 8. August: Die Lage ist ernst. Die Konferenz wurde sich darüber klar, daß sich die Bolschewisten Warschaus bemächtigen wollen, um eine Sowjetregierung einzusetzen. Die Konferenz hielt heute zwei Sitzungen ab; sie wird morgen früh die Zusammenkunft fortsetzen. Die russischen Delegierten sprachen die Meinung aus, daß die Polen durch die Entente Verstärkungen erhalten könnten, worauf Lloyd George zur Garantie der Waffenruhe den Vorschlag machte, russische Offiziere hinter die polnische Front zur Kontrolle zu entsenden. Es wurde in Vorschlag gebracht, daß die polnische Armee auf den Positionen verbleiben soll, die sie im Augenblick der Waffenruhe innehätte, und anderseits die Russen nichts tun dürften, um ihre eigenen Linien zu verbessern. Es wurde vereinbart, daß Kamenew und Krassin dies nach Moskau übermitteln sollten.

Am Sonntag empfing man von der Moskauer Regierung verschiedene Mitteilungen. Sie ist entschlossen, die Vorschläge zurückzuweisen. Sie erklärt, daß die Sowjetregierung sich mit den Polen am nächsten Mittwoch den 11. August treffen werden und daß sie es vorzieht, mit den Polen allein zu verhandeln. Daraufhin hat die Konferenz die Angelegenheit den militärischen und maritimen Räten übergeben, damit sie einen Bericht erstatten. Diese Räte erörtern augenblicklich die Frage. Admiral Beatty zusammen mit Marschall Foch und General Wilson haben an den Beratungen teilgenommen. Man schließt daraus, daß England die Blockade gegen Rußland ins Auge faßt. Die Konferenz hat sich auf Montag vertagt, um die Berichte der Räte entgegenzunehmen und um die Maßnahmen zu bestimmen, die sie vornehmen will. Lloyd George hat die Erklärung, die er heute machen wollte, auf Dienstag vertagt.

*

Lloyd Georges Aufenthalt in Hythe

London, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Lloyd George wird in London bestimmt am Montag von der Konferenz in Hythe zurückerwartet, um im Unterhaus wichtige Erklärungen abzugeben.

*

Deutschland als Mitberater abgelehnt

Kg. Rotterdam, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" melden, daß das englische Kabinett die ihm seit Donnerstag bekannte russische Forderung, Deutschland solle zu den Verhandlungen auch eingeladen werden, abgelehnt habe. Die Ablehnung sei mit Rücksicht auf die französischen Vorstellungen erfolgt. Sie entspreche aber auch der Auffassung Lloyd Georges, daß der Versailler Vertrag gehalten werden müsse und nicht aufgehoben werden dürfe.

*

Polnische Uebergriffe

Marienwerder, 9. August. In Soldau wurde ein Zug von den Polen festgehalten. Lokomotiv- und Zugpersonal wurde gewaltsam fortgeführt und mußte die Lokomotive ohne Aufsicht stehen lassen. Das Personal wurde von den Polen vollständig entkleidet. Die deutschen Beamten weigern sich nun, den Zugverkehr zwischen der Grenzstation Großkoslau und Soldau aufrechtzuerhalten, wenn nicht eine angemessene Behandlung der deutschen Bahnbeamten durch die Polen künftig sichergestellt ist.

*

Französische technische Mobilmachung

Basel, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Pariser Meldung vom Sonntag abend wurde in Paris 1000 Telegraphisten und 1500 Eisenbahnern Einberufungsbefehle zu außerordentlichen Dienstleistungen ausgegeben.

Dr. Wirth über die Aufbaupolitik

Frankfurt a. M., 9. August. (Eig. Drahtbericht)

Auf dem gestrigen hiesigen Parteitag der Frankfurter Zentrumspartei sprach Reichsfinanzminister Dr. Wirth über die innere und äußere Lage. Für Deutschland sei angesichts der Lage im Osten kaltes Blut und absolute Neutralität geboten. Das deutsche Volk habe es nicht nötig, sich für den polnischen Imperialismus einzusetzen. Frankreichs Versuche, Polen zu Hilfe zu kommen und dazu Deutschland als Aufmarschgebiet zu benutzen, würden vom deutschen Volk einmütig zurückgewiesen werden. Man glaube das deutsche Volk einzuschnüren, wenn man es mit einem Kranz von Randstaaten umgebe. Rußland habe diesen Kranz in Stücke zerrissen. In Spa habe man nicht die leiseste Spur von Versöhnlichkeit gegen Deutschland gezeigt. Die Deutschen mußten die Bedingungen unterschreiben, wenn sie die Besetzung des Ruhrgebietes vermeiden wollten. Frankreich ziele auf die Besetzung des deutschen Südens hin, das mit der Kohlennot kirre gemacht werden soll. Bisher seien alle Versuche, den Süden vom Norden abzulösen, am deutschen Nationalbewußtsein gescheitert. So muß es auch weiter bleiben. Nach dem Diktat von Spa steht uns Genf bevor. Wenn dort die Franzosen gigantische Milliardenentschädigungen wollen, so könnten sie keinesfalls unsre Zustimmung finden, denn kein Mensch macht sich einen Begriff über den Grad unsrer Schuld. Bis gestern waren 122 Milliarden undiskontierbare Schuldanleihen im Reiche. Dazu kommen weitere 11 Milliarden Zahlungsverpflichtungen, ferner 16 Milliarden, die wir den Ländern für die Kriegswohlfahrtsausgaben abgenommen haben. Ferner 92 Milliarden an fundierten Schulden und Kriegsanleihen sowie Eisenbahnschulden im Betrage von 30 Milliarden. Insgesamt hat das Reich bis gestern eine Schuldenlast von rund 279 Milliarden. Für den Ausbau neuer Wohnungen mußten allein 50 Milliarden flüssig gemacht werden, um eine Million neue Wohnungen, die mindestens erforderlich sind, herzustellen.